

# Ihre Fragen zur Kommunalwahl 2026

## 1.) Ludwigshöhviertel: geplanter Bau einer Straßenbahnstrecke mit Durchstich auf die Heidelberger Landstraße.

1. Wie stehen Sie zu diesem Bauprojekt?

Eine Verbindung der Straßenbahnen durch die Cooperstraße halten wir aus Gründen der Netztopologie für sinnvoll.

2. Gäbe es aus Ihrer Sicht Alternativen hierzu? Wäre für Sie z.B. eine Option, den Natureingriff

durch eine gleichzeitige Nutzung der Straßenbahntrasse auch für den Individualverkehr zu reduzieren?

Eine Straßenbahn kann, wie der Name schon sagt, auf der Straße fahren und benötigt nicht zwingend eine eigene Trasse. Leider muss auch für den Ausbau von Schienennetzen manchmal Natur zerstört werden. Die Straßenbahn in der Cooperstraße auf eine eigene Trasse zu setzen, hat unserer Meinung nach aber vor allem das Ziel mehr Platz für Autos auf der Straße zu schaffen. Wir befürworten eine Variante, wo die Bahn die Straße mitnutzt.

Zusätzlich dazu schlagen wir eine kombinierte Grünbrücke über die Heidelberger Landstraße vor, welche sowohl die Straße, die Bahngleise, als auch Rad- und Fußgängerwege überspannt.

3. Wie würden Sie die Versiegelung und den Waldverlust reduzieren / ausgleichen?

Durch die Grünbrücke würde neues Grünland entstehen und auch beim Bau einer separaten Trasse für die Straßenbahn wird die Fläche nicht zwingend versiegelt, da das Gleisbett vornehmlich aus Schotter oder Rasen besteht. Grundsätzlich wächst die Siedlungsfläche gerade in Ballungsräumen. Zusätzlich wird für Gebäude und Infrastruktur Bausand benötigt, der in der Natur gefördert wird. Im Langener Bannwald werden für die Erweiterung der dortigen Kiesgrube regelmäßig riesige Flächen gerodet, die den Platz für eine Straßenbahn um ein hundertfaches übersteigen.

Wir haben die dortige Waldbesetzung unterstützt und fordern eine grundsätzliche Ressourcenbesteuerung in Deutschland. Im Landkreis Darmstadt-Dieburg gibt es mindestens sieben größere Straßenbauprojekte in Planung und dort hat leider niemand zur Kommunalwahl Wahlprüfsteine gemacht. Wir setzen uns für eine Nettonull im Straßenneubau ein und fordern als Ausgleichsmaßnahme für die Umgehungen bei Groß-Bieberau und Wembach-Hahn den Abriss der L3477, die mit den neuen Umgehungen ausgedient hat.

## 2.) Geplantes Industriegebiet am Gehaborner Hof (oder anderen Standorten auf der „Grünen Wiese“)

1. Wie stehen Sie zu dieser Projektidee?

Wir halten neue Industriegebiete grundsätzlich für fragwürdig. Der Arbeitsmarkt wird bis 2030 Siebenmillionen Arbeitskräfte verlieren. Gleichzeitig brauchen wir mehr Fachkräfte in der Pflege. Daher kann die Industrie insgesamt nur kleiner werden.



**PARTEI MENSCH  
UMWELT TIERSCHUTZ**  
Hessen

Für bestimmte Industriezweige besteht dennoch eine Notwendigkeit für Wachstum. Im Zuge der Elektrifizierung und Dekarbonisierung vieler Prozesse werden z.B. mehr Leistungshalbleiter benötigt. Solche lassen sich nur an geeigneten Standorten mit großer zusammenhängender Fläche, guter Infrastruktur und hoher Dichte an Fachpersonal fertigen. Bevor ein neues Industriegebiet ausgewiesen wird, sollte zuerst feststehen, was gebraucht wird und dort gefertigt werden soll. Neben dem erwähnten Industriegebiet bei Weiterstadt gibt es viele weitere Mini-Gewerbegebiete im Landkreis, die überall aus dem Boden schießen, weil die Kommunen um die Gewerbesteuer der Unternehmen konkurrieren. Wir würden, wenn es neue Standorte braucht, eher die Erschließung eines größeren Gebiets begrüßen, das für zukunftssichere Prozesse dienen kann, dieses mit ÖPNV und Schienengüterverkehr ausbauen und die daraus anfallenden Gewerbesteuern solidarisch nach einem Schlüssel in Darmstadt und allen Kreiskommunen verteilen.

2. Gäbe es aus Ihrer Sicht Alternativen hierzu?

Die Frage ist weniger, ob es Alternativen gibt, sondern ob es einen Bedarf gibt.

3. Wie würden Sie die Versiegelung und den Verlust an Wiesen/Ackerflächen ausgleichen?

Eine Maßnahme, die viele Flächen freigeben wird, ist die Stilllegung von Biogasanlagen. Derzeit verbrauchen wir z.B. 9,5% aller Ackerflächen in Deutschland dafür, Mais für Biogasanlagen anzubauen, die damit nur 4,8% unserer Stromerzeugung decken. Und das nicht einmal residuallastfähig sondern Biogasverstromer laufen auch dann, wenn eigentlich schon genügend Wind- oder PV-Energie vorhanden ist. Wir setzen auf einen Mix aus Wind- und Solarenergie. Windräder möchten wir aber grundsätzlich nicht im Wald bauen und bemessen die im Landkreis zu errichtende Leistung anhand der Ackerflächen auf gut 400MW Nennleistung.

### **3.) Osthang-Bebauung. Ein Besucherzentrum für das UNESCO-Weltkulturerbe Mathildenhöhe soll laut Stavo-Beschluss dort gebaut werden.**

1. Wie stehen Sie zu diesem Bauprojekt und weiteren Eingriffen am Osthang?

Wir haben im Dezember die Bäume am Osthang mit besetzt und dazu beigetragen, den ersten Rodungsversuch zu vereiteln. Auch wenn die Rodung nun doch noch vor der Kommunalwahl durchgezogen wurde, glauben wir, dass es sich lohnt, den Bau in der jetzigen Planung abzubrechen.

2. Gäbe es aus Ihrer Sicht Alternativen hierzu?

Wir denken, dass ein sehr viel günstigeres Informationskonzept zur Mathildenhöhe ausgearbeitet werden kann, dass die Hochschule und die Kulturszene vor Ort einbindet. Gerade die Nutzung der leerstehenden Jugendstilvilla erscheint uns hier kulturpolitisch und ökologisch besonders sinnvoll.

3. Wie würden Sie die Versiegelung und den Waldverlust ausgleichen?

Die Grünfläche mit Bäumen am Osthang erfüllt per Definition nicht die Eigenschaften eines echten Waldes. Der Verlust von Bäumen und anderer Vegetation muss dringend und qualitativ hochwertig ausgeglichen werden und zwar über das Maß geplanter Ausgleichsflächen hinaus. Neu gepflanzte Bäume binden zunächst deutlich weniger CO<sub>2</sub>, bieten durch ihre geringere Fläche weniger Lebensraum für Tiere und gehen ohne Pflege oft frühzeitig ein.

Wir helfen gerne mit, neue Bäume am Osthang zu setzen und wollen eine gemeinschaftliche Umsetzung erreichen. Wir möchten Naturschutzorganisationen, Bürgerinitiativen und engagierte Einzelpersonen dabei mit einbeziehen.

#### **4.) Offenlegung und Renaturierung Darmbach**

1. Wie stehen Sie zu diesem Projekt?

Wir stehen einer abschnittsweisen Offenlegung des Darmbachs offen gegenüber. Die Offenlegung würde die Lebensqualität in Darmstadt erhöhen und einen entscheidenden Beitrag zur Biodiversität leisten.

2. Setzen Sie sich für die Verwirklichung in der kommenden Legislaturperiode ein?

Ja

#### **5.) Verlegung Ruthsenbach am Steinbrücker Teich**

1. Wie stehen Sie zu diesem Bauprojekt?

Das Bauprojekt am Ruthsenbach ist sehr komplex und hat viele weitreichende Folgen für Umwelt und Tiere. Wir halten die Verlegung des Ruthsenbachs zwar grundsätzlich für sinnvoll, kritisieren aber die invasiver Verlegung mit Baustörungen, Ökosystemschäden und die geringe Einbeziehung von Bürger:innen.

2. Sehen Sie Verwirklichungschancen für die kommende Legislaturperiode?

Ja, jedoch unter finanziellen, ökologischen und tierethischen Vorbehalten.

#### **Allgemeine Fragen**

**1.) Sieht ihre Partei / Wählergemeinschaft die Waldstrategie (Darmstädter Leitbild Wald) der Wissenschaftsstadt Darmstadt als ausreichend an? Was werden sie versuchen zu verändern, auszubauen, neu einzubringen?**

Mit dem Darmstädter Leitbild Wald wird grundsätzlich eine ökologische Waldbewirtschaftung ermöglicht, gerade angesichts des Klimawandels und des Artensterbens sehen wir hier aber Verbesserungsbedarf. Wir werden uns für einen spezifisches Schutzplan für den Westwald und die Integration von tierschutzethischen Standards einsetzen.

**2.) Darmstadt als Zuzug-Stadt hat nach offiziellen Äußerungen enormen Wohnraumbedarf. Welche Maßnahmen werden sie versuchen hierfür umzusetzen? Planen Sie hierfür auch Neubaugebiete an und über derzeitigen Bebauungsgrenzen?**

Wenn neue Wohnungen gebaut werden, sollte es einen hohen Anteil an Sozialwohnungen geben, die dauerhaft als solche vorgehalten werden und nicht nach einigen Jahren aus der Bindung fallen, um dann am privaten Wohnungsmarkt vermietet zu werden. Wie erwähnt verschlingt auch eine Nachverdichtung in Form von immer höheren Gebäuden Ressourcen für verbesserte Statik, für die anderswo Natur zerstört wird. Die Bebauungsgrenzen nicht auszuweiten bringt also auch nicht unbedingt mehr.

Die Reduktion von Leerstand ist ein sinnvolles Ziel. Mit unserem Regiotramprojekt setzen wir z.B.

darauf, die Verbindung nach Darmstadt mit sehr wenig Ressourcenbedarf erheblich zu verbessern und Wohnraum auch mehr in den Landkreis auszulagern.

### **3.) Setzen Sie sich dafür ein, dass der Naturschutzbeirat der Stadt in den Ausschüssen Rede- und Antragsrecht zu Interessen des Naturschutzes berührenden Tagesordnungspunkten erhält?**

Ja, wir setzen uns entschieden dafür ein, dem Naturschutzbeirat der Stadt Rede- und Antragsrecht in den sie betreffenden Ausschüssen zu gewähren. Dies ist ein zentraler Baustein, um die Stimme von Natur, Artenvielfalt und Tierschutz direkt in die politische Entscheidungsfindung einzubringen ohne Umwege über bürokratische Filter.

Wir wollen der Verwaltungshegemonie etwas entgegensetzen und für mehr Transparenz und Beteiligung sorgen. Nur wenn Mandatsträger:innen genau über die Folgen und Hintergründe der politischen Entscheidungen Bescheid wissen, können sie fundiert abstimmen. Transparenz ist auch für die Bürgerbeteiligung und den öffentlichen Diskurs essenziell.

Wir fordern daher:

- Ergänzung der gewählten Parlamente durch **ausgeloste Bürgerräte**, die echte Partizipation schaffen.
- Mehr **Fachkommissionen mit wissenschaftlicher Expertise** für Anfragen und Konzepte statt Abhängigkeit von Verwaltungen.
- Stärkung unabhängiger Beiräte wie dem Naturschutzbeirat als Gegengewicht.

### **4.) Wo sehen Sie zukünftig Zusammenarbeiten mit Naturschutzorganisationen wie z.B. dem NABU und dem BUND?**

Wir arbeiten sehr gerne mit Naturschutzorganisationen wie den Naturfreunden, dem NABU, dem BUND und mit Tierschutzorganisationen zusammen. Auch gibt es personelle Überschneidungen mit unseren Mitgliedern. Fachlicher Austausch, gemeinsame Aktionen vor Ort und eine stärkere Vernetzung bei Themen wie Arten-, Klima- und Tierschutz sind für uns zentral, um politischem Druck auch zivilgesellschaftliches Gewicht zu geben.

Gleichzeitig erleben wir, dass wir trotz dieser inhaltlichen Nähe nicht immer als gleichwertige ökologische Kraft wahrgenommen werden. So waren die Direktkandidatinnen der Tierschutzpartei und der Klimaliste, mit der wir eine Fusion anstreben, im Wahlkreis 52 zur letzten Landtagswahl nicht zur ÖPNV-Podiumsdiskussion in Groß-Umstadt eingeladen. Zu diesem Zeitpunkt war die Fraktion der Klimaliste/ WGD in der DADINA-Verbandsversammlung gleichzeitig die einzige Fraktion, die seit der Kommunalwahl überhaupt Anträge gestellt hatte.

Zukünftig wollen wir mehr in eine offenere und pluralere Zusammenarbeit investieren: Naturschutzverbände sollten nicht nur die großen etablierten Parteien einbinden, sondern auch diejenigen, deren Kernprofil explizit im konsequenten Klima-, Umwelt- und Tierschutz liegt.

**5.) Setzen Sie sich dafür ein, dass neben dem bestehenden Beschluss der Prüfung auf Klimarelevanz bei künftigen Beschlüssen der Stadtregierung ebenfalls die Prüfung auf das Darmstädter Freiraumkonzept und der Biodiversität erfolgt?**

Ja, wir setzen und klar dafür ein. Die CO<sub>2</sub>-Bilanz und die Nebenfolgen von politischen Maßnahmen zu prüfen, halten wir für sinnvoll. Klima- und Umweltschutz müssen immer ganzheitlich gedacht werden, also im Zusammenhang mit dem Schutz von Natur, Artenvielfalt und Lebensräumen. Wenn jedes Bau- oder Infrastrukturprojekt einer verbindlichen Biodiversitätsprüfung unterzogen wird und es mit den Zielen des Freiraumkonzepts vereinbar ist, leisten wir einen Beitrag zu Klima-, Arten-, und Tierschutz.

**6.) Was Sie schon immer zum Thema Natur-, Umwelt- und Klimaschutz sagen wollten: Hier ist Platz dafür...**

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine ist deutlich geworden, dass die Wärmewende nicht nur eine Frage des Klimaschutzes, sondern auch der Energiesouveränität ist. Dennoch hat sich in der lokalen Politik in Darmstadt und im Landkreis bislang wenig verändert. Selbst als bereits Krieg herrschte, wurde in Reinheim beispielsweise das Erdgasnetz in der Darmstädter Straße erneuert. Dabei wurde die Chance vertan gleichzeitig eine klimaneutrale Nahwärmeversorgung mit zu verlegen.

Statt die fossile Energieabhängigkeit grundsätzlich zu überwinden, hat Deutschland seine Abhängigkeit nur verlagert, weg von Russland, hin zu den USA. Zugleich droht die Bundesregierung mit geplanten Änderungen am Gebäudeenergiegesetz den Ausbau und die Produktion von Wärmepumpen auszubremsen – ähnlich wie es zuvor bei der Photovoltaik der Fall war. Während China bei Elektromobilität längst führend ist, setzen konservative und reaktionäre Kräfte hierzulande weiter auf alte Technologien, indem sie die Förderung für E-Autos kürzen.

Wir werde bei dieser Wahl noch mit dem Langnamen „PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ“ auf dem Stimmzettel stehen. Kürzlich haben wir aber unseren Langnamen in „PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ“ geändert, da wir gerade an einer Fusion mit der „Klimaliste“ arbeiten. Für uns ist klar, dass Klimaschutz keine Modefrage ist, sondern Grundvoraussetzung für Frieden, soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Lebensgrundlagen von Mensch und Tier. Wir setzen uns daher entschieden für eine konsequente Wärmewende, den Ausbau erneuerbarer Energien und eine nachhaltige Mobilität ein. Gemeinsam arbeiten wir daran diese Zukunftsaufgaben entschlossen anzugehen.